

# EU-NACHRICHTEN

## IM FOKUS

### Zuwanderung

Einigung auf neues Asyl- und Migrationspaket

>> 4

### Historischer Moment

Weltweit erste Regelung zum Umgang mit KI

>> 5

## ■ IN EIGENER SACHE

## Liebe Leserinnen, liebe Leser,

das Testjahr für die „EU-Nachrichten“ im neuen, rein digitalen Kleid ist fast vorüber. 21 Ausgaben, vollgepackt mit der Übersicht über aktuelle politische Vorhaben, Geschichten vor Ort, Europa in Zahlen: Vom Euro-Bitritt Kroatiens im Januar bis zum Dezember-Gipfel in Brüssel, von Solidaritätsaktionen für die Ukraine über neue Regeln für Internet-Plattformen bis zur elektronischen Brieftasche.

Für das Europawahljahr 2024 entwickeln wir unser Angebot weiter. Nach einer kleinen Umstellungspause zum Jahreswechsel werden die EU-Nachrichten künftig wöchentlich (und deshalb etwas schlanker) erscheinen. Wir starten am 25. Januar, und ab dann gibt es jeden Donnerstag unseren Newsletter mit den Highlights der Woche. Wir beleuchten weiter, welche lokalen und regionalen Projekte von EU-Mitteln profitieren und was sich aus den Eurostat-Daten ablesen lässt. Wir freuen uns auf Ihr Feedback. Ihr Presseteam der Vertretung der EU-Kommission in Deutschland.

Kontakt



© European Union 2023

## ■ DEMOKRATIEPAKET

## Gegen verdeckte Einflussnahme bei Europawahl

Vor der Wahl zum Europäischen Parlament im Jahr 2024 hat die EU-Kommission ein Maßnahmenpaket zur Verteidigung der Demokratie aufgelegt. So sollen etwa Finanziers von Interessenvertretungen aus Drittstaaten offengelegt werden, um eine verdeckte Einflussnahme aus dem Ausland auf die Wahl zu verhindern. Věra Jourová, Vizepräsidentin der EU-Kommission und zuständig für Werte und Transparenz, sagte: „Europa ist stolz auf seine offene Demokratie. Doch es wäre naiv zu glauben, dass die Demokratie nicht geschützt werden muss.“

Dubravka Šuica, Vizepräsidentin der EU-Kommission für Demokratie und Demografie, ergänzte: „Die Attraktivität dieses Pakets liegt in seiner Vielfältigkeit, da es legislative und nicht-legislative Instrumente vereint. Es sorgt dafür, dass unsere offene Gesellschaft auch offen bleibt!“

Bei der Europawahl vom 6. bis 9. Juni 2024 werden die künftig 720 Europa-Abgeordneten bestimmt. Die 96 Mitglieder des Europäischen Parlaments aus Deutschland werden am 9. Juni gewählt. Erstmals bei einer bundesweiten Wahl sind dabei Jugendliche ab 16 Jahren wahlberechtigt. Jourová betonte die Bedeutung eines fairen Votums in den Mitgliedstaaten und bekräftigte: „Im Vorfeld der Wahlen zum Europäischen Parlament im kommen-

den Jahr werden wir gemeinsam mit den Mitgliedstaaten die Integrität der Wahlen stärken – offline und online.“

Um europaweit eine faire Abstimmung zu gewährleisten, schlägt die EU-Kommission unter anderem vor:

**▶ Transparenz bei Geldgebern aus Drittstaaten:** Anfang 2023 hatte der Europäische Auswärtige Dienst (EAD) seinen ersten Bericht über gezielte ausländische Desinformationen veröffentlicht. Die Studie untersuchte Desinformations-Kampagnen zwischen Oktober und Dezember 2022. Demnach setzt vor allem Russland auf Falschnachrichten im Umfeld seines Angriffskriegs gegen die Ukraine.

>>

“  
*Mancher versucht, der Demokratie an ihren Wurzeln zu schaden. Wir tragen Sorge dafür, dass diesen Wurzeln nichts geschieht.*  
 Dubravka Šuica, Vizepräsidentin der EU-Kommission

## Eurobarometer

Vor den Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 2024 wurden in diesem Jahr in mehreren Wellen in allen Mitgliedstaaten mehr als 25.000 Menschen zu ihren Einstellungen zu Europa *befragt*, auch in Deutschland:

### 78 Prozent

der Deutschen fühlen sich als Bürger der EU, europaweit liegt der Anteil bei 72 Prozent.

### 68 Prozent

in Deutschland erachten die EU als einen Hort der Stabilität in einer unruhigen Welt, europaweit sehen dies 70 Prozent der Menschen so.

>>

Dabei werden auch diplomatische Kanäle genutzt. Zugleich wird versucht, etablierte Medienmarken zu imitieren, um Falschnachrichten mehr Glaubwürdigkeit zu verleihen. Im aktuellen *Eurobarometer* zu Demokratie sehen 81 Prozent der Menschen in der EU eine Einflussnahme von außen als ernstes Problem an (Deutschland 83 Prozent). Kommissarin Jourová sagte: „Wir sollten es Putin oder irgendeinem anderen Autokraten nicht ermöglichen, verdeckt in unsere demokratischen Prozesse einzugreifen.“ Deswegen sollen sich künftig Einrichtungen, die im Namen eines Drittstaats Interessenvertretungen übernehmen, in einem Transparenzregister registrieren und ihre Geldgeber offenlegen. Mit dem Vorstoß zielt die EU-Kommission darauf ab, auch weltweit Standards für ein gestrafftes und verhältnismäßiges Vorgehen gegen ausländische Einflussnahme unter Wahrung der Grundrechte zu setzen.



**Sichere Wahlen:** Zugleich legte die EU-Kommission eine Empfehlung für inklusive und stabile *Wahlverfahren* in den Mitgliedstaaten vor. Das Ziel: Die Europawahlen 2024 vor gezielten

Beeinflussungen schützen. So gibt es unter anderen Empfehlungen zum Schutz der Cybersicherheit der Wahl-Infrastruktur. Zudem werden Maßnahmen vorgeschlagen, um das Risiko einer Einflussnahme aus Drittstaaten – etwa über die verdeckte Finanzierung von Parteien oder politischen Stiftungen – zu minimieren.



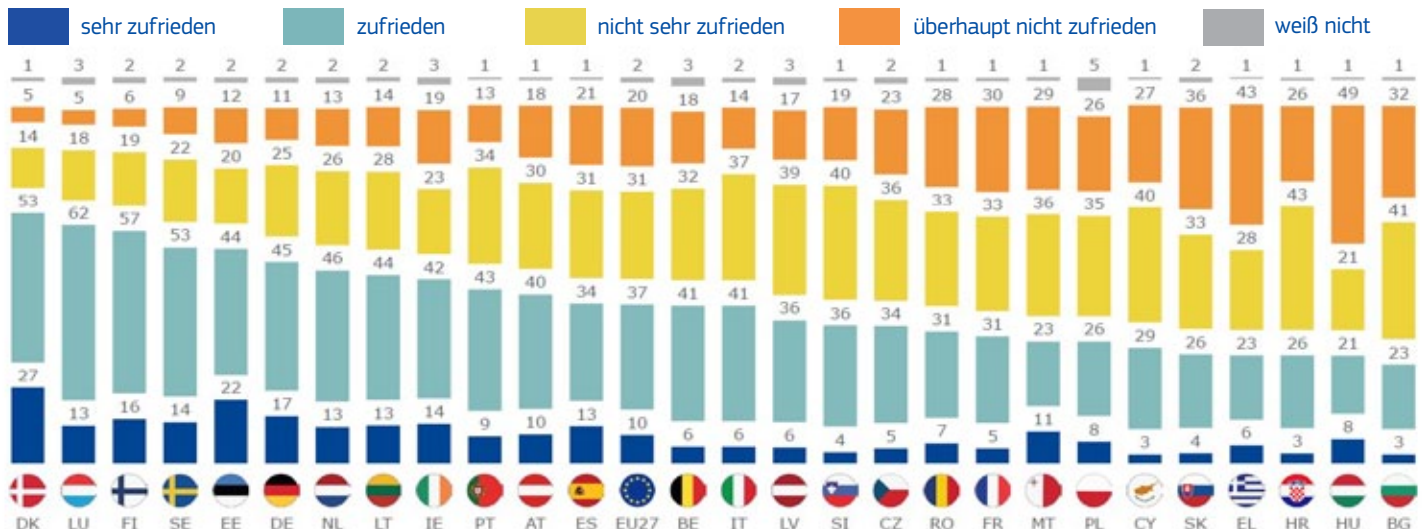
**Politische Partizipation stärken:** Die EU-Kommission legte auch eine *Empfehlung* vor, um die Wahlbeteiligung zu stärken. Zudem regt die Kommission Formate der Bürgerbeteiligung und die Förderung zivilgesellschaftlicher Organisationen an. EU-Justizkommissar Didier Reynders betonte: „Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte sind die Grundwerte der EU, auf denen ihre Errungenschaften fußen.“

Bei der vergangenen Europawahl 2019 schwankte die *Wahlbeteiligung* in den Mitgliedstaaten zwischen 88 Prozent in Belgien und 22 Prozent in der Slowakei. Deutschland lag mit einer Quote von 61 Prozent auf Rang 5 der Mitgliedstaaten.

Um die politischen Mitwirkungsrechte zu stärken, hatte die EU-Kommission die *Konferenz zur Zukunft Europas* einberufen. In vier Basisforen diskutierten von 2021 an je 200 per Los ausgewählte Europäerinnen und Europäer über politische Zukunftsfragen und verabschiedeten 49 politische Vorschläge – vom Klimaschutz über gerechte Wirtschaftsformen bis hin zur Stärkung der Demokratie. Kommissarin Šuica betonte: „Innovative beratende Praktiken stärken die repräsentative Demokratie, indem zwischen Bürgerinnen und Bürgern und demokratischen Institutionen das Vertrauen gefördert und die bestehende Kluft überbrückt wird.“ (pr)

*Demokratie schützen*

Wie zufrieden sind die EU-Bürger mit dem Stand der Demokratie in ihrem Land und in der EU?  
 (Quelle: Eurobarometer Demokratie, Dezember 2023)



## ■ EU-ERWEITERUNG

# EU-Gipfel beschließt Aufnahme von Beitrittsgesprächen mit der Ukraine

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat den Gipfel-Beschluss der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten zur Aufnahme von Beitrittsgesprächen mit der Ukraine und der Republik Moldau begrüßt. Die Präsidentin lobte: „Dieser Tag wird in die Geschichte unserer Union eingehen.“

Die EU-Kommission hatte zuvor in ihrem jährlichen *Fortschrittsbericht* die Aufnahme von Beitrittsgesprächen mit der Ukraine und der Republik Moldau empfohlen. Beiden Ländern war 2022 der Status eines Beitrittskandidaten verliehen worden. Über weitere Finanzhilfen für die Ukraine soll Anfang 2024 entschieden werden.

Von der Leyen betonte die generelle Bedeutung der EU-Erweiterung und sagte: „In einer zunehmend fragmentierten Welt brauchen wir eine noch stärkere und geeintere Wertegemeinschaft. Hierfür ist die

Erweiterung von entscheidender Bedeutung.“ Zugleich bestätigte der Gipfel das inzwischen *12. Sanktionspaket* gegen Russland. Es sieht unter anderem ein Handelsverbot mit Diamanten aus Russland vor.

[Beitrittsverhandlungen](#)



© Alexandros Michailidis / Shutterstock.com

## ■ KAMPF GEGEN DESINFORMATION

# Kommission leitet Verfahren gegen Kurznachrichtendienst X ein

Erstmals hat die EU-Kommission im Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste (*DSA*) ein förmliches Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet. Das Vorgehen betrifft den Kurznachrichtendienst X. Dabei wird geprüft, ob das Unternehmen in Bereichen wie Risikomanagement, Manipulationsmechanismen (dark patterns), Inhaltsmoderation, Werbetransparenz und dem Zugang zu Daten für Forscherinnen und Forscher gegen europäische Vorgaben verstoßen hat. EU-Binnenmarktkommissar Thierry Breton sagte: „Wir haben jetzt klare Regeln, Vorabverpflichtungen, eine strenge Aufsicht, eine rasche Durchsetzung und abschreckende Sanktionen.“ Das Gesetz über digitale Dien-

te regelt unter anderem den Umgang von Plattformen mit gezielten Desinformationen und Hassrede. Im Zuge des eingeleiteten Verfahrens muss X unter anderem angeben, wie die Plattform Informationsmanipulationen bekämpft und gegen die Verbreitung illegaler Inhalte vorgeht. Margrethe Vestager, Exekutiv-Vizepräsidentin der Kommission, erklärte: „Wir nehmen jeden Verstoß gegen unsere Vorschriften sehr ernst. Und die Beweise, die uns derzeit vorliegen, reichen aus, um ein förmliches Verfahren gegen X einzuleiten.“

[Digitale Dienste](#)

## ■ KLIMANEUTRALES BAUEN

# Hoekstra begrüßt Einigung zu Energie-Effizienz von Gebäuden

Die EU-Mitgliedstaaten und das Europäische Parlament haben sich politisch auf neue *Energievorgaben* für Gebäude geeinigt. Die überarbeitete Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (EPBD) zielt darauf ab, den Gebäudebestand in der EU zu dekarbonisieren. Der durchschnittliche Energieverbrauch im Gebäudebereich soll bis 2030 um mindestens 16 Prozent sinken, bis 2035 um 20 bis 22 Prozent. Wie die Ziele erreicht werden, liegt vorrangig in der Verantwortung der Mitgliedstaaten. Klima-Kommissar Wopke Hoekstra sagte: „In einem klimaneutralen Europa müssen wir in der Lage sein, unsere Wohnungen und Gebäude mit minimalen Emissionen zu hei-

zen und zu kühlen. Die dafür erforderlichen Technologien haben wir.“ In der EU entfallen derzeit rund 40 Prozent des Energieverbrauchs auf Gebäude. Mit der überarbeiteten Richtlinie werden Nullemissionsgebäude zum Standard bei neuen Gebäuden. Nach der Einigung dürfen neue Wohn- und Nichtwohngebäude keine Emissionen aus fossilen Brennstoffen mehr aufweisen. Dies gilt ab dem 1. Januar 2028 für öffentliche Gebäude und ab dem 1. Januar 2030 für alle anderen Neubauten. Dabei sind Ausnahmen möglich.

[Klima](#)

## ■ COP28

# Von der Leyen lobt Beschlüsse der Klimakonferenz

Auf dem Treffen in Dubai wurde die Abkehr von fossilen Brennstoffen wie Kohle, Öl und Gas vereinbart. Bis 2030 sollen die Emissionen um 43 Prozent sinken und bis 2050 komplett auslaufen. Die EU-Kommission äußerte sich zufrieden mit den Ergebnisse der UN-Klimakonferenz. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sprach von einer „guten Nachricht für die ganze Welt, dass wir jetzt ein multilaterales Abkommen haben, um die Emissionsreduzierung bis 2050 auf Netto-

Null zu beschleunigen, wobei in diesem kritischen Jahrzehnt dringend gehandelt werden muss“. Auf der COP28 wurde auch vereinbart, den Anteil erneuerbarer Energien bis 2030 zu verdreifachen und die Energieeffizienz zu verdoppeln. EU-Klima-Kommissar Wopke Hoekstra bezeichnete die Beschlüsse als Beginn eines Ausstiegs.

[Klimakonferenz](#)

# Mitgliedstaaten und Europäisches Parlament einigen sich auf neues Asyl- und Migrationspaket

Auf dem Weg zu einem gemeinsamen System der Migrationssteuerung ist ein wichtiger Durchbruch gelungen: Die 27 Mitgliedstaaten und das Europäische Parlament haben sich auf neue Grundsätze für die gemeinsame Asyl- und Migrationspolitik verständigt.



“  
*Europa hat in der Migrationspolitik endlich geliefert.*  
 Margaritis Schinas, Vizepräsident der EU-Kommission

Das neue Asyl- und Migrationspaket sieht unter anderem Auffangzentren an der EU-Außengrenze vor..

© European Parliament 2023

Die Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen sieht die Einigung als Beleg dafür, „dass Europa als starke Gemeinschaft in der Lage ist, „große Antworten auf große Herausforderungen zu finden“.

Die EU-Kommission hatte 2020 ein *Asyl- und Migrationspaket* zur Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) vorgelegt. Die jetzt erzielte Einigung der Gesetzgeber schafft einen Rechtsrahmen für ein wirksames und gerechtes Migrationsmanagement. Für Innen-Kommissarin Ylva Johansson belegt der erzielte Durchbruch „unsere Entschlossenheit, selbst in den komplexesten Fragen gemeinsam voranzukommen und unseren Werten gerecht zu werden“.

Das Paket sieht unter anderem vor:

🔹 **Einen verbindlichen Solidaritätsmechanismus:** Nach Angaben der Asylagentur der Europäischen Union (EUAA) suchten allein im ersten Halbjahr 2023 rund 519.000 Menschen in Europa um Asyl nach. Das ist die höchste Zahl seit 2016. Künftig gilt unter den EU-Staaten ein verbindlicher Solidaritätsmechanismus. Jährlich werden 30.000 Schutzsuchende aus den Mitgliedstaaten an der EU-Außengrenze, etwa nach Rettungsaktionen auf hoher See, auf die EU-Länder verteilt. Länder, die weniger Schutzsuchende aufnehmen als vorgesehen, beteiligen sich finanziell an den Aufgaben der gemeinsamen Asyl- und Migrationspolitik. Verzeichnet ein Land besonders hohe Zahlen an Schutzsuchenden, kann es einen Krisenmechanismus auslösen.

🔹 **Verfahren an der Außengrenze der EU:** Dort werden Auffangzentren eingerichtet, in denen über Asylanträge entschieden wird. Asylanträge von Menschen, die illegal in die EU einreisen

oder von Schutzsuchenden, die aus Ländern mit einer geringen Anerkennungsquote kommen, werden beschleunigt bearbeitet.

🔹 **Bessere Erfassung:** Biometrische Daten von Schutzsuchenden wie etwa Fingerabdrücke werden innerhalb von sieben Tagen in einem Screening-Prozess erfasst und in die europäische Datenbank Eurodac eingespeist. So lässt sich auch erkennen, ob in einem anderen EU-Land bereits ein Asylantrag eingereicht wurde.

🔹 **Einheitliche Umsetzung:** Die Asylbestimmungen werden in den Mitgliedstaaten der EU unterschiedlich umgesetzt. Die neue Regelung definiert einheitliche Standards, etwa bei der Unterbringung oder dem rechtlichen Beistand. Besondere Regeln gelten für unbegleitete Minderjährige und Familien, die in der EU um Asyl nachsuchen.

Die nun erzielte grundsätzliche Übereinkunft soll bis zu den Europawahlen im kommenden Juni unter der belgischen Ratspräsidentschaft von den Mitgliedstaaten und dem Europäischen Parlament endgültig verabschiedet werden.

Von den rund 519.000 Menschen, die im ersten Halbjahr 2023 in der EU sowie der Schweiz und Norwegen Schutz suchten, reichten nach *Angaben der EUAA* rund 30 Prozent ihren Asylantrag in Deutschland ein, 17 Prozent in Spanien und 16 Prozent in Frankreich. Die meisten Asylanträge in diesem Zeitraum kamen von Schutzsuchenden aus Syrien (67.000) und Afghanistan (55.000). Bei Geflüchteten aus Syrien lag die Anerkennungsrate im Asylverfahren bei 95 Prozent, Schutzsuchende aus Afghanistan hatten eine Anerkennungsquote von 58 Prozent. (pr)

[Asylreform](#)

■ HISTORISCHER MOMENT

## EU einigt sich auf weltweit erste Regelung zum Umgang mit Künstlicher Intelligenz

Mitgliedstaaten und Europäisches Parlament haben sich auf ein Gesetz zur Regelung von Künstlicher Intelligenz (KI) verständigt – den AI Act (Artificial Intelligence Act). Die EU hat damit das erste KI-Gesetz weltweit ausformuliert. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sprach von einem historischen Moment: „Klug und breit eingesetzt, verspricht KI enorme Vorteile für unsere Wirtschaft und Gesellschaft.“

Auswertung von Diagnosedaten in der Medizin, Film- und Musikvorschläge bei Streamingdiensten oder ganze Textentwürfe auf der Basis von Internet-Einträgen – Künstliche Intelligenz schafft Neues durch Auswertung und Verknüpfung großer Datenmengen. Die EU-Kommission hatte nach vielen Jahren der Forschungsförderung im Jahr 2018 eine *KI-Strategie* und dann 2021 eine *Gesetzes-Initiative zur Regelung von KI* vorgelegt. Die EU-Staaten und Europäisches Parlament haben sich jetzt auf eine Fassung geeinigt.

EU-Binnenmarktkommissar Thierry Breton betonte: „Dieses Gesetz ist kein Selbstzweck, sondern der Beginn einer neuen Ära der verantwortungsvollen und innovativen KI-Entwicklung, die Wachstum und Innovation in Europa fördert.“

Die neue Regelung sieht unter anderem vor:

▶ **Freie Anwendung für Software mit minimalem Risiko:** Das neue Gesetz verfolgt einen risikobasierten Ansatz. KI-Anwendungen mit geringem Risiko wie Spamfilter sind frei von strengen Auflagen. Softwarefirmen, die solche KI-Lösungen entwickeln, können aber einen freiwilligen Verhaltenskodex erfüllen.

▶ **Vorgaben für KI-Systeme mit hohem Risiko:** KI-Anwendungen etwa beim Grenzmanagement, in der robotergestützten Medizin oder der kritischen Infrastruktur unterliegen strikten Vorgaben. Dazu gehören klare Benutzerinformationen und strenge Protokollpflichten.

▶ **Ausschluss von Verfahren mit unannehmbarem Risiko:** Anwendungen, die in die menschlichen Grundrechte eingreifen, wie Social Scoring – die datenbasierte Bewertung von Verhaltensweisen von Menschen – oder manipulative Beeinflussung von Wahlen werden untersagt. Unter strikten Auflagen sind Verfahren zur Gesichtserkennung im öffentlichen Raum möglich, etwa zur Terrorabwehr.

▶ **Transparenz der Basismodule:** Einige KI-Lösungen beruhen auf Basismodulen zur Auswertung von Daten. Diese können für spezifische Anwendungen weiterentwickelt werden, etwa zur Text-Komposition. Fachleute sprechen von General Purpose Artificial Intelligence (GPAI). Ausgehend von der Rechenleistung, mit denen die Basismodule entwickelt werden, stuft die EU-Kommission die Model-



In der Medizin kann KI eine entscheidende Hilfe für Ärzte und medizinisches Personal sein. © Shutterstock

le nach ihrem Risiko ein. Besonders leistungsfähige Modelle, die als hochriskant gelten, müssen Transparenzpflichten erfüllen. Zum Beispiel zur Frage, auf Basis welcher Daten die Software trainiert wurde.

Mitgliedstaaten und Europäisches Parlament haben beschlossen, dass ein bei der EU-Kommission angesiedeltes KI-Büro über die europaweite Einhaltung der Regeln wachen soll. Dazu kommt eine internationale Zusammenarbeit beim

Umgang mit KI, etwa mit G7, G20, Europarat, OECD und UNO. So hatte sich der G7-Gipfel im Oktober auf Leitprinzipien zum Umgang mit KI verständigt. Von der Leyen erklärte, sie freue sich, „dass die internationalen G7-Leitprinzipien und der freiwillige Verhaltenskodex die Werte

der EU bei der Förderung einer vertrauenswürdigen KI widerspiegeln“. Die Präsidentin appelliert an die KI-Entwickler, den Verhaltenskodex so bald wie möglich zu unterzeichnen und umzusetzen.

Bereits mit der Datenschutzgrundverordnung (*DSGVO*) hatte die EU 2018 erstmals Regeln für den Umgang mit Daten im Internet festgelegt. Von der Leyen betonte danach mehrfach, auch auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos: „Die Europäische Union hat bereits bewiesen, dass sie in der Lage ist, Standards zu setzen, die auf der ganzen Welt beachtet werden.“ (pr)

[KI-Regelung](#)

“  
*Die potenziellen Vorteile künstlicher Intelligenz für die Bürgerinnen und Bürger und die Wirtschaft sind enorm.*  
 Ursula von der Leyen, Präsidentin der Europäischen Kommission  
 ”

# Brandenburg setzt auf klimaresistenten Waldumbau und die Esskastanie

Noch dominieren Kiefern in Brandenburgs Wäldern. Doch bald wird es durch Laubbäume bunter. In der Forstbaumschule des Landes in Eberswalde nahe Berlin lässt sich das beobachten. Dort ziehen sie frisches Grün: die Esskastanie. Der Baum kann gut mit Hitze und Trockenheit. Das macht ihn zu einem wichtigen Partner für den klimaresistenten Waldumbau in Brandenburg.



Die Esskastanie eignet sich besonders gut für den klimaresistenten Waldumbau.

© Shutterstock

Intakte Wälder bringen unschätzbare Leistungen für das Ökosystem – von der natürlichen Kohlenstoffsенke für das Klima bis hin zum Lebensraum für biologische Vielfalt. Die EU-Kommission legte deshalb Ende November eine [Initiative zum Waldmonitoring](#) vor. Das Ziel lautet, Informationslücken zu schließen und neue Grundlagen dafür zu schaffen, die Wälder für veränderte klimatische Bedingungen in Europa fit zu machen. Klimakommissar Wopke Hoekstra sagte bei der Vorlage der Initiative: „Um den Klimawandel zu bekämpfen, brauchen wir eine gesunde Natur. Derzeit sind die Wälder in ganz Europa unter Druck, unter anderem wegen Schädlingen, Hitzewellen und beispiellosen Waldbränden. Dies sind Warnungen, was die Erderwärmung mit steigender Temperatur und zunehmender Dürre bewirken kann.“

In Brandenburg wollen sie zeigen, wie das gelingen kann. Allein bis zum kommenden Frühjahr werden mehr als 20.000 Setzlinge der Esskastanie in den Wäldern des Landes gepflanzt. Der klimaresistente Waldumbau wird von der EU gefördert aus Mitteln des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums ([ELER](#)). Sebastian Arnold vom Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Klimaschutz des Landes Brandenburg sagte: „Mit Blick auf die klimatischen Veränderungen und die daraus resultierenden waldbaulichen Herausforderungen scheint die Esskastanie perspektivisch eine vielversprechende Baumart zu sein und könnte zukünftig eine größere Rolle spielen.“

## KASTANIEN-LAUB SCHÜTZT TROCKENE BÖDEN

Die Lage im Land ist schwierig. Laut aktuellem [Waldzustandsbericht](#) sind in Brandenburgs Forst 16 Prozent der Waldfläche deutlich geschädigt, vier Punkte weniger als im Vorjahr. Vor allem die Niederschläge im Frühjahr haben geholfen und den Zustand verbessert. Dennoch spricht

Arnold von Vitalitäts-Verlusten und erklärt: „So kam es vor allem in den Trockenjahren 2018 bis 2020 zu dramatischen Waldverlusten, etwa im Landkreis Elbe-Elster durch das Zusammenspiel der Faktoren Dürre, Sturmschäden, Waldbrand, Insektenfraß und Pilzerkrankungen in unterschiedlicher Kombination.“ Die Trockenheit erhöht zudem das Waldbrandrisiko. Allein in den Jahren 2020 bis 2023 wurden in Brandenburg insgesamt 2.323 Hektar Forst durch Feuer zerstört.

Die Esskastanie bietet auch hier Vorteile. Der Schatten der Laubkrone schützt den Boden vor dem Austrocknen. Am Oberrhein in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz schätzen sie die Esskastanie schon lange. Forstwissenschaftler Jakob Franz vom Forstamt Haardt im rheinland-pfälzischen Landau erläutert: „Die Baumart wächst schnell, und sie kommt gut klar mit mäßiger Hitze und Trockenheit. Schließlich stammt die Kastanie aus dem Mittelmeerraum.“ Die Römer brachten den Baum aus dem Süden mit an den Rhein.

Mit Unterstützung der EU entstand in Rheinland-Pfalz schon im vergangenen Jahrzehnt das Projekt „Die Edelkastanie am Oberrhein – eine Baumart verbindet Menschen, Kulturen und Landschaften“. Es wurde von der EU im Rahmen des Programmes INTERREG IV aus Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung ([EFRE](#)) gefördert. Ziel des Vorhabens: die Klima-Potenziale des Baums aufzeigen. Die liegen nicht nur im klimaresistenten Waldumbau: „Das Holz unserer Edelkastanien wird in der Schweiz im Lawinenschutz verbaut“, sagt Franz. Ein Baum aus Italien macht die Wälder in Deutschlands Osten klimafest und schützt in der Schweiz vor Lawinen. Die Esskastanie ist ein echter europäischer Klimabaum.

[Waldprogramm](#)

## EU-Unterstützung für die Regionen

Der Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) wird aus Mitteln des EU-Agrarhaushalts finanziert. In Brandenburg werden mit den Mitteln zum Beispiel die Wasserstände von Mooren erhöht. Nahe Bad Liebenwerda wurde aus den EU-Mitteln ein Tiefbrunnen im Wald zur Bekämpfung bei Waldbränden gebohrt.

Der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) ist Teil der EU-Kohäsionspolitik und soll den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt in der EU stärken, indem er Ungleichgewichte zwischen den Regionen ausgleicht. In Sachsen wird mit den Mitteln zum Beispiel der Hochwasserschutz in Döbeln mit 27 Millionen Euro unterschützt. Das Land Berlin erhält rund 210 Millionen Euro für den klimaresistenten Stadtbau.

Der Fonds für einen gerechten Übergang stellt rund 2,5 Milliarden Euro für die deutschen Braunkohlegebiete in Sachsen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Nordrhein-Westfalen bereit, um die Folgen des Strukturwandels nach dem Kohleausstieg zu bewältigen.

## Europa in Zahlen

# 1,2

Millionen Studierende, Lernende, Lehrkräfte an Schulen und Hochschulen, Ausbilder, Jugendbetreuer und junge Menschen profitierten im vergangenen Jahr von Erasmus+, dem EU-Programm für Bildungs-Mobilität. Das geht aus dem jüngsten [Jahresbericht](#) hervor, den die EU-Kommission vorgelegt hat. Demnach wurden im Jahr 2022 rund 26.000 Projekte unterstützt, mehr als 73.000 Organisationen nahmen an dem Programm teil. Iliana Ivanova, EU-Kommissarin für Innovation, Forschung, Kultur, Bildung und Jugend erklärte: „Seit 35 Jahren ist Erasmus+ ein Leuchtturm für den positiven Wandel.“

Erasmus wurde 1987 gestartet und ermöglichte seither rund 14 Millionen jungen Menschen Bildungsaufenthalte im europäischen Ausland. Erasmus+ ist für den Zeitraum 2021 bis 2027 mit einem Budget von rund 26,2 Milliarden Euro ausgestattet – fast doppelt so viel wie im Zeitraum 2014 bis 2020. Allein im Jahr 2024 stehen 4,3 Milliarden Euro zur Verfügung.

[Lernmobilität](#)

## Terminvorschau

DATUM	THEMA	ORT	KONTAKT
> 04.01.2024 12.24–13.00 Uhr	„Der digitale Countdown zur Europawahl 2024“ Live Video-Interview <b>Veranstalter:</b> Europäische Akademie Berlin	Online	<a href="http://www.eab-berlin.eu/de/veranstaltung/04-01-2024/europaeische-geschichte-live-video-interview-mit-dr-siebo-janssen">www.eab-berlin.eu/de/veranstaltung/04-01-2024/europaeische-geschichte-live-video-interview-mit-dr-siebo-janssen</a>
> 15.01.2024 18.00–19.30 Uhr	„#EUwomen“ Ausstellungseröffnung und Podiumsdiskussion <b>Veranstalter:</b> EUD und JEF Sachsen	Stadtbüro Burgplatz 1 04109 Leipzig	<a href="http://www.europatermine.de/europatermine/termin/29148">www.europatermine.de/europatermine/termin/29148</a>
> 18.01.2024 16.00–17.30 Uhr	„3. Plattformtreffen für die Europawochen 2024“ Informationsveranstaltung <b>Veranstalter:</b> EuropaPunktBremen	EuropaPunktBremen Am Markt 20 28195 Bremen	<a href="https://europapunktbremer.de/events/3-plattformtreffen-fuer-die-europawochen-2024/">https://europapunktbremer.de/events/3-plattformtreffen-fuer-die-europawochen-2024/</a>
> 23.01.2024 19.00–20.30 Uhr	„Europa auf Rechtskurs? Nach den Wahlen in den Niederlanden“ Vortrag <b>Veranstalter:</b> EUROPE DIRECT Aachen	Grashaus Fischmarkt 3 52062 Aachen	<a href="http://www.europedirect-aachen.de/component/eventbooking/europa-am-dienstag/niederlande-europa-auf-rechtskurs">www.europedirect-aachen.de/component/eventbooking/europa-am-dienstag/niederlande-europa-auf-rechtskurs</a>
> 24.01.2024 19.30–21.00 Uhr	„Herausforderungen und Chancen der Transformation des Industriestandorts Sachsen“ Informationsveranstaltung Europäischer Salon <b>Veranstalter:</b> Europa Union Sachsen	VHS Dresden Annenstraße 10 01067 Dresden	<a href="http://www.europatermine.de/europatermine/termin/29147">www.europatermine.de/europatermine/termin/29147</a>
> 27.01.2023 16.00–18.00 Uhr	„Die Stimme der deutsch-französischen Grenzregion zur Europawahl 2024“ Europäischer Bürgerdialog <b>Veranstalter:</b> EuropaUnion Deutschland	Saarbrücker Schloss Schlossplatz 1-15 66119 Saarbrücken	<a href="http://www.europa-union.de/buergerdialoge/veranstaltungen/europaeischer-buergerdialog-in-saarbruecken">www.europa-union.de/buergerdialoge/veranstaltungen/europaeischer-buergerdialog-in-saarbruecken</a>
> 31.01.2023 19.00–20.30 Uhr	„Wer macht eigentlich was in Europa?“ EU-Infoabend <b>Veranstalter:</b> EUROPE DIRECT Aachen	VHS Aachen Peterstraße 21–25 2062 Aachen	<a href="http://www.europedirect-aachen.de/component/eventbooking/infoabend/eu-infoabend-2024">www.europedirect-aachen.de/component/eventbooking/infoabend/eu-infoabend-2024</a>

>> Alle Termine zum Nachlesen und Anklicken finden Sie auch noch einmal hier: [<< https://ec.europa.eu/germany/news/eu-nachrichten\\_de <<](https://ec.europa.eu/germany/news/eu-nachrichten_de)

## IMPRESSUM

© Europäische Union, 2023

**Herausgeber:**

**Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:**

Leitung: Patrick Lobis

Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22

E-Mail: [eu-de-kommission@ec.europa.eu](mailto:eu-de-kommission@ec.europa.eu) • Internet: [www.eu-kommission.de](http://www.eu-kommission.de)

**Regionalvertretung in Bonn:**

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

**Regionalvertretung in München:**

Bob-van-Benthem-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

**Redaktion & Grafik:**

Birgit Schmeitzner, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)

Peter Riesbeck, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski

MBI Martin Brückner Infosource GmbH & Co. KG • Rudolfstraße 22-24

• 60327 Frankfurt am Main • E-Mail: [cp.contact@mbi-infosource.de](mailto:cp.contact@mbi-infosource.de)

**Haftungsausschluss:**

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.



Vertretung in Deutschland

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook



und folgen Sie uns auf Twitter



■ EUROPÄISCHE GRÜNE HAUPTSTADT & EUROPÄISCHES GRÜNES BLATT

## Wettbewerb 2026 eröffnet

Zwei von drei Europäern leben in großen und kleineren Städten. Damit spielen die Städte eine führende Rolle bei der sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Umgestaltung, die im Rahmen des europäischen Grünen Deals Priorität hat. Die Europäische Kommission verleiht zwei Titel für grüne Städte: die Europäische Grüne Hauptstadt (EGC) für Städte mit mehr als 100.000 Einwohnern und das Europäische Grüne Blatt (EGL) für kleinere Städte ab 20.000 Einwohnern. Mit den Auszeichnungen werden lokale Maßnahmen für den Übergang zu einer grüneren, nachhaltigeren Zukunft anerkannt und belohnt.

Zwei deutsche Städte haben in den vergangenen Jahren schon den Preis gewonnen, Hamburg und Essen. Die ausgezeichneten Städte beziehen die Menschen ein, verbessern die städtische Umwelt, bekämpfen die Umweltverschmutzung und wappnen sich für die Auswirkungen des Klimawandels. Interessierte Städte können sich auf [dieser Website](#) für den Wettbewerb registrieren und ihre Bewerbungen bis zum 30. April 2024 einreichen.

[Nachhaltige Städte](#)



© Shutterstock

■ EU-JUGENDPROGRAMME

## Hilfestellung für Förderanträge

Als Vorbereitung für die Antragsfrist für EU-Jugendprogramme im Frühjahr 2024 bietet JUGEND für Europa verschiedene Services an: Etwa eine zentrale Informationsveranstaltung am Mittwoch, 10. Januar 2024, von 14 bis 16 Uhr zu den Förderformaten in Erasmus+ Jugend, Erasmus+ Sport und im Europäischen Solidaritätskorps sowie zur Antragstellung. Am Mittwoch, 7. Februar 2023, von 14 bis 15.30 Uhr gibt es eine Sprechstunde „Inklusionsförderung in den EU-Jugendprogrammen“ mit zielgerichteter Beratung für inklusive Projekte.

Das Team der Nationalen Agentur für die EU-Programme Erasmus+ Jugend und Europäisches Solidaritätskorps bietet auch Hilfe per Telefon oder E-Mail bei individuellen oder allgemeinen Fragen an. Außerdem stehen im Dokumentencenter eine Reihe von Materialien zur Vorbereitung und zum Nachlesen zur Verfügung.

[Serviceangebote](#)

■ MAGAZIN FÜR KINDER

## Neue Europabroschüre „Der verlorene Rucksack“

Die neue Broschüre „Der verlorene Rucksack – Ein europäisches Abenteuer“ ist ab sofort kostenfrei verfügbar. Das Magazin ermöglicht Kindern von neun bis elf Jahren einen spielerischen Zugang zum Thema Europa. Max, Rima, Amélie und Yanis – vier Kinder aus Deutschland, Lettland, Frankreich und Griechenland – haben bei einem Kreativwettbewerb der Europäischen Union gewonnen. Ihr Preis: Eine Reise nach Brüssel. Dort lernen sich die vier kennen. Doch am Brüsseler Bahnhof verschwindet auf einmal Max' Rucksack. Gemeinsam begeben sich die Jungen und Mädchen auf eine Suche durch die belgische Hauptstadt. Auf ihrem Weg kommen sie an den Institutionen der Europäischen Union vorbei und erfahren mehr über die EU.

Sie lernen unter anderem Wissenswertes über die Sprachen, die in der EU gesprochen werden, die Währungen, mit denen dort bezahlt werden kann und die unterschiedlichen Flaggen der Mitgliedsländer. Außerdem beinhaltet die Broschüre Spiele und Rätsel rund um das Thema Europa, bunte Sticker und Rezepte zum Nachkochen.

[Europabroschüre für Kinder](#)



© Bundesregierung